

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 22. Februar.

Deutscher Reichstag.

44. Plenar-Sitzung vom 22. Februar, 1 Uhr.

Die Beratung der Tabaksteuer-Vorlage wird fortgesetzt.

Abg. Baffermann (nat.): Ein Teil meiner Freunde und ich selbst sind nicht der Ansicht, daß wir die Mittälvorlage bewilligen, nun auch die Tabakfabriksteuer annehmen müssen. Schon bei Beratung der Mittälvorlage wurde ja darauf hingewiesen, daß deren Kosten es unternahm durch höhere Matricularbeiträge zu decken seien. Vorliegende Steuer widerspricht aber vor allem der Forderung, daß jene Kosten auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden sollen. Wie die Steuer geplant ist, wird sie hauptsächlich den ärmeren Teil des Tabak konsumierenden Publikums, sowie auch die kleinen Produzenten und die Arbeiter treffen. Zur Deckung der Kosten der Mittälvorlage bedarf es auch gar nicht der Tabakfabriksteuer. Weshalb beschließt man nicht den Weg der direkten Reichsteuern? Daß die Annahme der Vorlage einen starken Konsumrückgang zur Folge haben würde, ist sicher, denn eine Mehrbelastung von 30 Millionen Mark würde das rauchende Publikum nicht tragen können. Die Vorlage würde auch eine Monopolisierung des Tabak Handels in wenigen Händen im Gefolge haben und so die Einführung des Monopols Vorwand leisten. Und steht der Vorlage das Bedenken entgegen, daß die Tabaksteuer sich beliebig würde empfinden lassen, so daß das Tabakgewerbe doch nicht zur Ruine kommen würde. Daran, daß umfangreiche Arbeiter-Entlassungen stattfinden würden, ist nicht zu zweifeln. Und dieses Unheil wird um so größer sein, als es bei den jetzigen Verhältnissen sehr schwer sein wird für die Entlassenen, irgendwo anders unterzukommen. Und nun die Wirkung auf die kleinen Betriebe! Den großen Betrieben wird die Steuer nichts schaden, um so mehr den kleinen. In einer Zeit, wo man alle Kräfte auf ihre sozialpolitischen Wirkungen prüft, sollte man sich gerade vor einer solchen Schädigung der Kleinbetriebe und Arbeiter wohl bedenken! Hier die Vorlage Gesetz, so wird eine Reihe von Entzügen sofort ausfallen, und das wäre um so bedauerlicher, als gerade innerhalb der Tabakindustrie in Nord- wie in Süddeutschland ein ununterbrochenes Aufsteigen der Entzügen von unten nach oben, vom Arbeiter zum kleinen handwerklichen Unternehmer, stattfindet. Im Interesse des Tabakbaues ferner empfiehlt sich eine Erhöhung des Tabaksteuers. Die Tabakfabriksteuer würde unsern Tabakbau ebenso schädigen, wie es gewiß ist, daß der Verbrauchsrückgang hauptsächlich den inländischen Tabak treffen würde. Auf die Erleichterung der Selbstkontrolle, wie sie die Vorlage bringt, ist nicht viel Gewicht zu legen. Die deutsche Größlichkeit würde sehr bald darauf folgen, daß auch für den Bauer an Stelle der abgeschwächten Kontrollbestimmungen schärfere treten. Es würde sehr bald heißen: die Kontrolle reicht nicht aus! Unsere Tabakbauern sind jedenfalls überzeugt, daß, wenn an den 40 Prozent Verbrauchssteuer, alten und neuen, eine Verschlechterung ihrer Lage eintreten muß. Zu befürchten ist auch, daß auf Kosten unseres inländischen Rauchtabaks der Verbrauch von Zigaretten und von fremdländischem Rauchtabak in kleinen Mengen zunehmen wird. Zur Erzielung von Mehreinnahmen aus dem Tabak hat sich nur der Weg einer Zollserhöhung für geeignet. Auf diesem Boden bin auch ich mitzuwirken bereit.

Abg. Schaedler (Ztr.): Das Zentrum hat, wie bereits bemerkt, die Reichseinkommensteuer und die Reichserbschaftsteuer abgelehnt. In Bezug auf die Einkommensteuer bin ich derselben Ansicht. Was aber die Reichserbschaftsteuer anlangt, so weiß ich doch nicht, ob man nicht trotz aller fidelethen Bedenken zu einer solchen Steuer fahren könnte. Nun hat Graf Solms das hier erwähnt. Aber da hat schon der Herr Staatssekretär mit Recht erwähnt, daß alsdann die süddeutschen Staaten höhere Werte zahlen müßten, und das ist das, was ich höhere Matricularbeiträge hier müßten. Ich danke daher dem Herrn Staatssekretär, daß er diesen Gedanken abgelehnt hat. Was nun die Vorlage anlangt, so ist auch der Teil meiner Freunde, der der Tabaksteuer freundlich gegenübersteht, der Herr Müller, der Ansicht, daß sie sich auf die e vorliegende Norm der Steuer nicht festlegen sollte. Aber wir verstehen nicht, daß die jetzige Vorlage gegenüber der früheren viele Vorzüge hat, und daß ferner der Tabak an und für sich nicht zu den Verbrauchsgegenständen gehört, die unentbehrlich sind, sondern daß er ein Genussmittel ist. Herr Baffermann unterschätzt die Vorteile, welche die Vorlage im Vergleich zu der früheren gewährt. Dagegen bin ich mit Herrn Baffermann darin einig, daß eine stärkere Erhöhung des Zolles ein Ausgleich gesucht werden. Was die angeführten Arbeiter-Entlassungen betrifft, so würde noch zu untersuchen sein, ob nicht im Hinblick auf die Vorlage bereits eine Überproduktion festgefunden hat, so daß die Fabrikanten jetzt das Dium der Arbeiter-Entlassungen nur von sich abwenden. Immerhin wird die Frage der Arbeiter-Entlassungen in der Kommission zu prüfen sein. Zu unterbreiten würde ferner sein, inwiefern etwa ein stärkerer Schutz für die Kleinbetriebe möglich wäre. Für diejenigen von uns, die auf meinem Standpunkte stehen, fällt ferner ins Gewicht die Höhe der Matricularbeiträge. Ein bestimmter Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten ist jedenfalls notwendig, so wie es ist, kann es nicht bleiben. Das ist mit ein Grund, weshalb wir die Vorlage nicht pure ablehnen und ich persönlich ihr sogar sympathisch gegenüberstehe. Die Kommission wird ja hoffentlich alle Wünsche, alle Beschwerden erörtern, so daß sie eine nach allen Seiten hin ausgleichende, versöhnende Prüfung finden werden.

Sachsen-Meiningerischer Staatsminister Dr. v. Heim, welcher nunmehr das Wort nimmt, legt vom Standpunkte der Finanzen in den Einzelstaaten die Notwendigkeit dar, die Einnahmen des Reiches zu erhöhen, um die bisherigen starken Rückgriffe auf die Matricularumlagen zu vermeiden. Im Interesse der Einzelstaaten sei es erforderlich, daß die Matricularbeiträge nicht über den Betrag der Ueberweisungen hinausgehen zu lassen. Die Existenz der Einzelstaaten sei für das deutsche Reich nicht unwichtig, im Gegenteil, sie seien im Reich ein wichtiges Bindeglied.

Abg. Böhm (nat.) (Reichspartei, Elb-Elbinger): Viele meiner politischen Freunde beschließen von der Vorlage schwere Nachteile für die Produktion und sie machen deshalb ihre endgültige Abstimmung davon abhängig, inwiefern ihre Bedenken in der Kommission beseitigt werden. Ich selbst kann nur mit Freude die Vorlage begrüßen, denn sie beseitigt namentlich viele Kontrollbestimmungen, welche unsern Tabakbau sehr belästigend geworden sind. Neuer tritt weiter mit großer Wärme für die Vorlage ein, mit dem Hinweis, daß der erforderliche Bedarf allerdings nicht durch den Tabak allein gedeckt werden könne, vielmehr sei er im Einklang mit dem Grafen Solms der Ansicht, daß auch das Bier mehr herangezogen werden müsse, und zwar in der Form, wie in Bayern, als Maßsteuer. Er schwärme zwar nicht zu sehr für indirekte Steuern, aber zu einer Reichseinkommensteuer würden wir ja doch so bald nicht kommen.

Abg. Gatter (nat. Volksp.): Die Vorlage ist vor allem deshalb für uns unannehmbar, weil sie die Interessen des Mittelstandes schwer verletzt. Meine Partei gerade ist eine solche des Mittelstandes und kann deshalb eine Vorlage nicht billigen, welche tief in das gewerbliche Leben einschneidet. Diese Vorlage verleiht auch wieder das Prinzip, daß sie das Geld da nimmt, wo immer sie es kriegen kann; und auch schon am deswillen ist sie uns unannehmbar. Meine politischen Freunde haben deshalb auch beschloffen, auf eine kommissarische Beratung der Vorlage gar nicht erst vorzugehen. Wozu brauchen wir überhaupt diese Vorlage? Wir können Alles Geld beschaffen, welches wir brauchen, wenn wir nur überall die nötige Sparjamkeit walten lassen. Denken Sie an die Ausgabe für Militär und Marine und an unsere ganz unzureichende Kolonialpolitik! Wir können Sie daher nur bitten, diese Vorlage abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein (konf.) führt aus, für die Vorlage sei der gegenwärtige Augenblick der allerunünstigste. Reichseinkommensteuer freilich wolle auch er nicht, dagegen sei er im Gegensatz zu dem Schatzsekretär und zu dem Abgeordneten Schaedler für eine ausgiebige Verheerung. Er erinnere letzterem besonders daran, daß ja der eifrigste Befürworter der Reichserbschaftsteuer seiner Zeit der bayerische Ministerpräsident gewesen sei. Was nun die Vorlage speziell anlangt, so beharre er, und zwar nicht nur von selbst, sondern auch mit seinen Freunden in Mecklenburg, Sachsen und Hessen, der Vorlage gegenüber — die sich von der vorjährigen doch nur wenig unterscheiden — auf seinem ablehnenden Standpunkt. Für ihn sei der Kern der Sache der voranschreitende starke Konsumrückgang und die Folgen davon für die Fabrikation und die Arbeiter. Was in der Agitation in Bezug auf Arbeiter-Entlassungen behauptet worden sei, halte er für durchaus richtig. Grundsätzlich sei die Einigkeit zwischen Arbeitern und Fabrikanten in der vorliegenden Frage, wozu er sich auch in der kürzlich in Bünde stattgehabten von 4000 Personen besuchten Versammlung überzeugt habe.

Abg. v. Elm (Szb.) bekämpft die Vorlage, zunächst mit der Bemerkung beginnend, eine Pflicht, die Kosten der Mittälvorlage zu decken, bestünde doch höchstens für die, welche die Mittälvorlage ausgeübt hätten. Auch nach der Statistik, welche die Regierung selber der Vorlage beigegeben habe, sei auf eine starke Abnahme des Konsums von inländischem Tabak zu rechnen. Und wenn auch früher die in Deutschland brodelnde gewordenen Arbeiter hätten Unterdruck in Amerika finden können, so ist das doch heutzutage ausgeschlossen angesichts der gewöhnlichen Verhältnisse, wie sie sich in Amerika entwickelt hätten. Herr Freie habe sich verrechnet, als er von der Entlassung von voraussichtlich 17000 Arbeitern gesprochen habe. Mindestens würden einige 30-40000 Arbeiter zur Entlassung kommen. Ähnlich werde es im Tabakhandel gehen, denn Amsterdam und Rotterdam würden auf Kosten von Bremen und Hamburg gewinnen. Wenn der Herr Schatzsekretär gesagt habe: die Gefahr des Schmutzgewinns wachse mit der Höhe des Zolles! so werde das voraussichtlich in der That genau ebenso für Deutschland zutreffen, wie es für Amerika zutreffen sei. Und könnte man es den Venen, die man durch ein solches Gesetz brodeln mache, denn verstanden, wenn sie sich dem Schmutzgewinn zuwenden und ihr Leben zu fristen suchen, so gut das eben gebe? Ein wilder Konkurrenzkampf werde sich unter den Fabrikanten entwickeln, und jeder derselben werde sich durch Drücken der Arbeiterlöhne zu erhalten suchen. Sehr bedauerlich sei es, daß das Zentrum, das ja schon bei dem Umfutzgesetz einfallen sei, auch hier wieder — durch den Antrag auf kommissarische Beratung — gezeigt habe, daß es kein Vertrauen verdiene. Wer noch ein Herz für die Arbeiter hat, der muß diese Vorlage ablehnen.

Sachsen-Meiningerischer Minister v. Heim erwidert dem Vorredner, auch die Landesvertheilung gehöre zu den Kulturaufgaben, denn nur dadurch werde der unentwickelten Bevölkerung ermöglicht, ihr Brod zu verdienen. Die Ablehnung der Vorlage müsse eine weitere Erhöhung der direkten Steuern zur Folge haben, und die direkte Steuererhöhung sei schon genug angezeigt.

Abg. Brünings (nat.) hält die Verschärfung des Konsum-Nachlasses für unbegründet und steht der Vorlage nicht unfreundlich gegenüber.

Abg. Schneider-Norhausen (fr. V.) erklärt sich gegen die Vorlage; man hat sich über das große Geschrei der Interessenten beklagt; aber dieses Geschrei war jedenfalls berechtigter als das der Arbeiter.

Präsident von Ledebow betont eine Vermeidung des Redners gegenüber, daß eine Rednerleistung nicht gefordert werde und die linke Seite des Hauses im Verhältnis zur Zahl ihrer Mitglieder durch drei Redner sehr reichlich zum Worte gekommen sei.

Abg. Schulz-Lupitz (Ztr.) erregt sich

1/7 Uhr das Wort, um im Interesse einer Förderung des heimischen Tabakbaues für die Vorlage einzutreten.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine 2ter-Kommission.

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Montag 1 Uhr.
Tages-Ordnung: Interpellation Richter (soeben eingeangen, betrifft die vordrillsweise Wahlanschriftung für Weimar-Eisenach) und Finanzvorlage.
Schluß 6 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 22. Februar.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Plenar-Sitzung vom 22. Februar, 11 Uhr.

Eingegangen sind zwei Anträge Laffen-Johannsen (Dänen): 1. betr. die deutsche Sprache in den nordfriesischen Schulen, 2. betr. die Veränderung der schleswig-holsteinischen Gemeinde-Ordnung.

Das Haus beginnt die Beratung des Kultus-Etats.

Bei dem Einnahme-Titel „Evangelischer Kultus“ wünscht der

Abg. v. Strombeck (Ztr.) eine genauere Darlegung über die Verhältnisse des hannoverschen Klosterfonds, aus dem 2362 Mark zu den Besoldungen der Konviktorien in der Provinz Hannover verwendet worden. Man sei über die Verwendung dieser Fonds völlig im Unklaren; das Fehlen eines Komptabilitätsgesetzes verbiete die Prüfung der Gelegentlichkeit der Verwendung.

Kultusminister Dr. Boffe: Bereits in der Kommission habe ich über den Fonds Aufklärung gegeben; bei dem Verzuge, eine Nachweisung über die Veranlagung des Fonds zu geben, stellte sich heraus, daß dies ohne ein Eingehen auf die rechtlichen Verhältnisse nicht möglich ist; diese aber sind so komplizierter Natur, daß eine Darlegung derselben bisher nicht fertig zu stellen war.

Abg. Brandenburg (Ztr.) findet die Mitteilung des Ministers nur zum Teil befriedigend und unterstützt die Bitte des Abg. v. Strombeck um baldige Aufklärung der Angelegenheit.

Abg. Dr. Sattler (nat.) unterstützt ebenfalls die Bitte um Aufklärung des Rechtsverhältnisses und um Beschleunigung des Komptabilitätsgesetzes.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei der Ausgabe-Position „Ministergehalt“

erhebt der Abg. Danzenberg (Ztr.) Beschwerde darüber, daß die katholischen Angelegenheiten von einer Zentralbehörde in Preußen verwaltet werden, dessen Chef ein Protestant, dessen Abtheilungsgeldes Protestanten und dessen sämtliche Räte, mit wenigen Ausnahmen, Protestanten sind, ebenso wie sämtliche Oberpräsidenten. (Rufe rechts: Oh! Reichskanzler!) Wenn er zählt dann Einzelfälle auf, wo in der Verwaltung solche Stellen, die bisher mit Katholiken besetzt waren, bei der Erhebung Protestanten übertragen wurden, die dann über katholische Angelegenheiten zu entscheiden haben. Der Minister hat selbst zugestanden, daß es katholische Beamte in genügender Anzahl gebe; würde er die Grundsätze der Parität befolgen, so würde dies große Verunglimpfung in der Sache sein. Die noch vorhandenen Ueberbleibsel des Kulturkampfes müssen verschwinden, sie hindern uns in unserer Freiheit. Redner zählt dann Einzelfälle auf betr. Gründung von Krankenhäusern und Schulen, Anwendung von Mitteln an öffentliche konfessionelle Anstalten, um daraus eine Zurücksetzung der katholischen gegenüber den evangelischen Anstalten darzulegen. Auf dem Gebiete der Schule hat sich in letzter Zeit Vieles gebessert; aber sie war 25 Jahre lang eine Verunsicherung für alle möglichen Dinge, und die staatliche Schulaufsicht bringt noch heute manche für die Kirche recht wenig angenehme Dinge, die der Herr Minister hätte beseitigen können, wenn er das von der Mehrheit des Hauses dringend gewünschte Schulgesetz vorgelegt hätte. An dem Religionsunterricht braucht der Staat gar keine Lust zu haben, denn er hat kein Interesse daran, wenigstens nicht an dem katholischen Religionsunterricht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir verlangen Gerechtigkeit; der Staat darf nicht eine Kirche auf Kosten der anderen schütten. (Beifall.)

Minister Dr. Boffe: Ich billige vollkommen den Schluß des Vorredners, aber die Fülle und Schwere seiner Anlagen läßt leider keine Ueberstimmung mit diesem Sage erkennen. Es scheint, der Redner fordert eine Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung, was den konfessionellen Frieden will, kann das nicht fordern, der konfessionelle Streit würde sofort wieder ausbrechen, und ich denke, wir haben in dieser Zeit Mithras genug zu thun! (Sehr richtig!) Es sind katholische Räte in genügender Zahl vorhanden, nur ausnahmsweise rekrutiert ein Protestant in katholischen Sachen, ebenso kommt es vor, daß ein Katholik in evangelischen Angelegenheiten rekrutiert. Es fehlt aber auch an den nötigen katholischen Beamten. Auf den höheren Verhältnissen sind die katholischen Schüler an Zahl relativ geringer als die evangelischen, das Verhältniß ist so groß, daß statt 4700 katholischer Schüler, die der katholischen Bevölkerungszahl entsprechen, nur 2700 vorhanden; dies Verhältniß setzt sich nach oben fort, so daß unter den Studenten relativ doppelt so viel evangelische als katholische vorhanden waren. Es zeigt sich also eine unvermeidbare Minderzahligkeit der Katholiken. In der Darstellung über die Schulaufsicht sollten wir uns doch vor ungerechten Vorwürfen hüten; wir spielen sonst mit Feuer und konnten leicht die konfessionellen Lebensverhältnisse entstellen. Wir leben mit sämtlichen Bisthöfen in Frieden, ein Streit kann hier leicht vom Zaun gebrochen werden, den Schaden davon hätte die Jugend. Die Zahl der katholischen Geistlichen, die als Schulpflichter tätig waren, hat sich vergrößert. Sie sehen daraus, wie wenig die Regierung hier auf den konfessionellen Standpunkt Gewicht legt. Lassen Sie uns den konfessionellen Haß vergessen und uns im Interesse unserer Jugend und des Staates, dem wir angehören, Frieden halten. (Beifall.)

Abg. Haacke (nat.) widerlegt die von dem Abg. Danzenberg aufgestellte Behauptung unparitätischer Behandlung bei der nachgeschickten Niederlegung katholischer Ordensschwömer, denen in Preußen die Niederlegung verweigert wurde, während sie evangelischen Diakonissen gestattet wurde. Die Entscheidung ist lediglich aus finanziellen Gesichtspunkten erfolgt.

Abg. Febr. v. Heereman (Ztr.): Für den konfessionellen Frieden werden wir stets eintreten; aber der Minister verwechselt staatliche und religiöse Interessen. Wir können uns nicht das zeitweilige Wohlwollen eines einzelnen Beamten gefallen lassen, wir verlangen eine gesetzliche Garantie unserer Rechte, vor allen Befreiung staatlicher Einnahmen in unsere Wahl-Angelegenheiten. Der Staat muß uns Vertrauen entgegenbringen, sonst kann er unser Vertrauen nicht erwerben. (Beifall im Zentrum.) Die Art, wie unsere Ordensniederlegungen, unsere Schulen und Anstalten beaufschlagt werden, läßt kein Wohlwollen für uns erkennen. Die aus dem Kulturkampf noch hervorgehenden Bestimmungen möge der Minister beseitigen und dann auch die unteren Instanzen anweisen, daß sie uns mit Gerechtigkeit entgegenkommen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Szajewski (Pole): Die diskretionäre Behandlung der Katholiken haben wir besonders in den polnischen Verhältnissen schwer zu empfinden. Keine Ordensniederlegung ist uns genehmigt; der Religionsunterricht selbst hat Eingriffe von der Schulaufsichtsbeförde erfahren. Der Ministerial-Erlass, wonach in der Mittelschule polnischer Lehr- und Schreibunterricht in polnischer Sprache erfolgreich zu machen, ist in den Ausführungsbestimmungen bedeutend eingeschränkt und fast illusorisch geworden.

Minister Dr. Boffe: Dem Abg. Febr. von Heereman gegenüber betone ich nochmals, daß es gegenwärtig nicht an der Zeit ist, die Kulturkampffragen von Neuem zu behandeln. Die Ausführung des polnischen Sprachen-Erlasses und die Maßnahmen in Polen haben einen politischen Hintergrund. Wir können keine katholischen Ordensniederlegungen bewilligen, die verheerliche politische Agitation betreiben. Der Spracherlaß ist so angefaßt worden, wie ich ihn von Anfang an verstanden habe; deutsch redenden Kindern polnischen Unterricht zu geben, dazu liegt kein Bedürfnis vor.

rend sie evangelischen Diakonissen gestattet wurde. Die Entscheidung ist lediglich aus finanziellen Gesichtspunkten erfolgt.

Abg. Dr. v. Szajewski (Pole): Die diskretionäre Behandlung der Katholiken haben wir besonders in den polnischen Verhältnissen schwer zu empfinden. Keine Ordensniederlegung ist uns genehmigt; der Religionsunterricht selbst hat Eingriffe von der Schulaufsichtsbeförde erfahren. Der Ministerial-Erlass, wonach in der Mittelschule polnischer Lehr- und Schreibunterricht in polnischer Sprache erfolgreich zu machen, ist in den Ausführungsbestimmungen bedeutend eingeschränkt und fast illusorisch geworden.

Minister Dr. Boffe: Dem Abg. Febr. von Heereman gegenüber betone ich nochmals, daß es gegenwärtig nicht an der Zeit ist, die Kulturkampffragen von Neuem zu behandeln. Die Ausführung des polnischen Sprachen-Erlasses und die Maßnahmen in Polen haben einen politischen Hintergrund. Wir können keine katholischen Ordensniederlegungen bewilligen, die verheerliche politische Agitation betreiben. Der Spracherlaß ist so angefaßt worden, wie ich ihn von Anfang an verstanden habe; deutsch redenden Kindern polnischen Unterricht zu geben, dazu liegt kein Bedürfnis vor.

Abg. Dr. v. Szajewski (Pole) führt aus, daß der polnische Sprachunterricht durchaus nötig sei, wenn der Schul- und namentlich der Religionsunterricht erfolgreich sein soll. In der polnischen Bevölkerung hat diese Angelegenheit schmerzlich Bedauern hervorgerufen.

Minister Dr. Boffe: Das bezweifle ich! Der Gegensatz zwischen polnisch und deutsch ist gegenwärtig wieder sehr verschärft; wären alle Polen so friedliebend, so einsichtig und so patriotisch wie Dr. v. Szajewski (Heiterkeit), so könnte man seine Wünsche unbedenklich erfüllen.

Abg. Knöke (fr. V.) protestiert gegen die Auffassungen des Herrn v. Heereman gegen die staatliche Schulaufsicht; die Schule sei ein staatliches Institut, nicht eine Vermehrung der unordentlichen Lehrstellen an den höheren Lehranstalten, damit die große Zahl akademischer Schüler abnehme; diese Leute sind so ungenügend geistig, daß zu fürchten ist, sie seien ins sozialdemokratische Lager über. (Murren und Widerspruch.)

Minister Dr. Boffe: Thatächlich sind diese Lehrer noch mit am besten besoldet, das hindert sie leider nicht, recht weitgehende Ansprüche zu machen.

Abg. Fleß (Zentrum): Wir wünschen den alten preussischen Schulmeister in der Volksschule wieder, der den österreichischen Schulmeister bei Knüttelgriffe bestie.

Das „Ministergehalt“ wird bewilligt.

Sodann verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

O Berlin, 22. Februar. Wie verlautet, hat Gouverneur von Söche in der Audienz, welche er gestern beim Kaiser hatte, in Entlassungsgesuch wiederholt. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Der deutsche Handelsrat hat heute in der Währungsfrage mit allen gegen eine Stimme einen Beschluß seines Ausschusses gefasst, worin es heißt, daß es lebhaft zu bedauern sei, daß durch den Antrag Friedberg, Wirthach u. Gen. im Reichstage eine Verengung für Handel und Gewerbe hervorgerufen und im Auslande der Gewinne erwehrt worden sei, daß Deutschland seine Währung zu ändern beabsichtige. Der deutsche Handelsrat habe unverändert daran fest, daß an der deutschen Goldwährung nicht gerüttelt werden dürfe, wenn nicht das gesamte deutsche Wirtschaftleben gefährdet werden solle. Eine bethaulicht einzubereitende neue Plenarversammlung soll die Währungsfrage mit besonderem Hinblick auf die gegenwärtige Sachlage behandeln. — Der Handelsrat war vorher vom Staatssekretär von Döllinger mit einer Rede begrüßt worden, in welcher er die Handelsvertragspolitik verteidigte und bekräftigt, daß die Verträge die Schuld an der Notlage der Landwirtschaft trügen.

Die Umfutzkommission des Reichstags beruht heute den beantragten § 129a. Das Zentrum beantragte, daß zwei Paragraphen zu fügen: § 49b. Haben Mehrere die Ausführung eines Verbrechens beabsichtigt, ohne daß dieser Entschluß durch Handlungen, welche einen Anfang zur Ausführung des Verbrechens enthalten, bekräftigt worden ist, so werden sie, wenn das Verbrechen mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Jahren, wenn das Verbrechen mit einer geringeren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder Festungshaft bestraft. Der Thäter bleibt straflos, wenn er zu einer Zeit, wo seine Theilnahme noch nicht entdeckt wurde, die Ausführung des Verbrechens durch Anzeige bei der Behörde verhindert. § 129a. Haben Mehrere sich zur fortgesetzten Begehung von Verbrechen verbunden, so werden sie auch, ohne daß der verbrecherische Entschluß durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, bekräftigt worden ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Abg. Spahn (Ztr.) begründet diesen Antrag. Abg. v. Buchta (L.) beantragte, daß das Zentrum die Absichten der Regierungsvorlage durchkreuze, Staatssekretär Niederburg nicht sein Bedauern aus, daß das Zentrum den Ernst der Lage verkenne. Wie die Regierung sich zu diesen Zentrumsanträgen verhalte, könne er noch nicht sagen, jedenfalls seien dieselben nicht zweckentsprechend. Abg. Babel (Szb.) nennt den § 129a die Krone

Annahme von Inhaber des Rohmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteine & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gersmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald E. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg & Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

der Vorlage; der Zentrumsantrag zur hauptsächlich deshalb unannehmbar, weil derselbe das Kronzensystem wieder einführe. Auf Grund des § 129a könne keine Augenblick die gesamte sozialdemokratische Partei bestraft werden. Staatssekretär Friedberg bekräftigt, daß der Paragraf einseitig und willkürlich auf die Sozialdemokratie angewendet werden könne. Abg. Auer (Szb.) tritt dem in längeren Ausführungen entgegen. Bei der Abstimmung wurde der Zentrumsantrag mit 17 gegen 10 Stimmen (2 Nationalliberale, Antisemiten, Freijünge und Sozialisten) angenommen. Die Debatte über § 130 wurde ausgesetzt und gleich § 131, der sog. Preßparagraf beraten. Nach kurzer Begründung vom Regierungssitz erklärte sich Abg. v. Buchta, Dr. Barth und v. Hammerstein gegen die Regierungsvorlage. Letzterer führt aus, es sei kein Bedürfnis dazu vorhanden. Man müsse bedenken, daß die projektirten Bestimmungen seitens der Gerichte nicht innerhalb der richtigen Grenzen angewendet werden. Das Reichsgericht habe bewiesen, daß es keine Abnung von den Zeitungsverhältnissen habe. Bei der Abstimmung wurde § 131 mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. Hierauf bringt das Zentrum den Antrag ein, im Strafgesetzbuch den § 130a, welcher Geistliche, die in Ausübung ihrer Berufs staatliche Angelegenheiten in einer den öffentlichen Frieden bedrohenden Weise erörtern, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedroht, zu streichen. Die Beratung wird darauf bis Mittwoch vertagt.

Zur Größung des Nordsee-Kanals ist, wie die „Hamb. freie Presse“ meldet, vom Kaiser am 17. Juni eine Vorleser in Hamburg in Aussicht genommen, der er mit den Bundesfürsten beinwohnen werde.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Februar. Der Kaiser hat dem Landesvertheilungs-Minister, Grafen Welfersheim, das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen.

Wien, 22. Februar. Das hiesige „Extra-Blatt“ meldet als feststehend, daß Kaiser Wilhelm zur Feier des Erbprinz Albrecht nach Wien kommt; doch steht es mit dieser Meldung noch ganz allein.

Frankreich.

Paris, 19. Februar. Der abgesetzte Generalgouverneur von Indochina, de Cassan, weilt seit letztem Freitag wieder in Frankreich, bis auf Weiteres in seiner Villa in Couen, wo er sich von dem Schlage, der ihn so plötzlich getroffen hat, so gut es gehen will, erholt und mit dem Schmeiden von Nachplätzen beschäftigt. Dann es kann kaum bezweifelt werden, daß der gegen seinen Willen zur Ruhe Gekerkte ernstlich an seine baldige Rehabilitierung glaubt und fest entschlossen ist, alles anzubieten, um dieselbe zu erreichen. Sollte er bei dem neuen Ministerium mit Ueberlegung nichts anerkennen, so wird er wahrscheinlich seine Zukunft auf Gewalt, d. h. zur Veröffentlichung seiner „petits papiers“ nehmen, denn mit solchen ist heut zu Tage jeder Beamte, jeder Politiker, überhaupt jeder im öffentlichen Leben stehende Mann Frankreichs ausgerüstet und muß damit ausgerüstet sein, will er seines Lebens oder, unbillig gesprochen, seiner politischen und finanziellen Karriere auch nur einigermaßen sicher sein. Dine gerade selbst zu sprechen, hat Herr de Cassan diese seine Ansicht bereits deutlich zu erkennen gegeben, indem er in den letzten Tagen mehrere Zeitungsartikel über sein Dichten und Trachten veröffentlicht ließ, welche augenscheinlich darauf berechnet sind, die Regierung einzuschüchtern und sie zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Besonders hat es Herr de Cassan, oder haben es seine Freunde in der Presse auf den früheren Kolonialminister Delcasse abgesehen, welcher jedoch, obwohl er kein direkter Vorgesetzter war, relativ unschuldig an dem Sturze des Gouverneurs gewesen sein dürfte. Der Hauptmacher bei der „Sutrigue“ — so nennt Cassan seine Amnestiebewegung — soll vielmehr der damalige Justizminister Guérin gewesen sein, hinter dem wiederum ein persönlicher Feind des früheren Gouverneurs, der nicht minder abgesetzte ehemalige Generalleutnant in Hue, Boulloche, gesteckt hätte. Nichtsdestoweniger droht Cassan mit allerhand für Delcasse angeblich sehr unangenehme Enthüllungen, und es entsteht nun die interessante Frage, ob das jetzige Ministerium, dem Delcasse nicht mehr angehört, für den Verdachten und eventuell Angeklagten eintreten wird oder nicht. Die Ministerialpolitik ist in der letzten Zeit arg in die Brüche gegangen, dafür hat das Kabinett Dupuy zu wiederholten Malen traurige Beweise geliefert, und ob sich nun gar die am Ruder befindlichen Männer für das Schicksal eines Exzellenzen sehr begeistern werden, ersieht man aus zweifelslos. Jedenfalls macht Herr de Cassan seinem Unvertrauen in Cassan, den der Staatsanwalt neulich vor Gericht auf die Mauthäuser der gemeinen Diebe und Straßenräuber stellte, alle Ehre, wenn er mit der einen Hand die Feder der Verleumdung, mit der anderen die „geheimen Papiere“ schwingend, Regierung und Steuerzahler brandschlagt. Freilich vermahnt sich der Exgouverneur energisch dagegen, daß „man“ ihn mit „gewissen Persönlichkeiten in Verbindung bringt, die sich angeblich wegen gemeiner Verbrechen vor dem Strafgericht zu verantworten haben“. Herr de Cassan ist aber ganz allein daran schuld, daß er durch Cassan und Cassan durch in kompromittiert wird, denn ohne Zweifel kannte er die unehrlichen Praktiken dieses Revolver-Journalisten sehr wohl; Niemand zwang ihn, zu einem exzentrischen Individuum in ein intimes Verhältniß zu treten. Später, nachdem er sich ihm bereits mit Haut und Haaren verknüpft hatte, mag es allerdings sehr schwer, wenn nicht unmöglich für ihn gewesen sein, sich von dem professionellen Expreßer des „Paris“ loszumachen. Falls die Herrn de Cassan erbeben, so ist die da weit freier, hätten nicht nur die Deamentenkorruption und die Revolverjournalistik, sondern auch eine dritte für das moderne Frankreich charakteristische sozialpolitische Krankheitserscheinung, der Depotismus beziehentlich Favoritismus, eine Rolle bei der Abberufung des Staatsalters gespielt. Der schon erwähnte Boulloche war bis zum November v. J. französischer Generalresident in Hue, der Hauptstadt des unter Frankreichs Protektorate stehenden Kaiserthums Annam, und in Folge dessen Cassans direkter Untergeordneter. Er vermochte sich jedoch mit seinem Vorgesetzten nicht richtig zu stellen, durchkreuzte vielmehr dessen Pläne und Maßnahmen bei jeder Gelegenheit. Als er daher vom dem Kaiserthum nach dem Laosgebiete, jenem im Jahre 1893 im

Verloren. Roman von Ludwig Schacht. ... Er hat sie als hoffnungslos aufgegeben, sagte Bernhard, das soll mich aber doch nicht hindern, sie willig anzunehmen. Es ist eine Spur da und die werde ich verfolgen. ...

Nur 1 Mark ein Loos. 50,000 Mark, 10,000 Mark, 5,000 Mark, 3,000 Mark u. s. w. insgesamt 5000 Gewinne. In wenigen Tagen Ziehung.

Kirchliche Anzeigen zum Sonntag den 24. Februar (Festmahl). Herr Pastor der Dornburg um 8 1/2 Uhr. Herr Konfirmandenrat Gruber um 10 1/2 Uhr. ...

Bitte in Noth! Eine 80jährige fidele Witwe, die durch den Verlust zweier Söhne und die fast zehnjährige bettlägerige Krankheit ihres früheren Ernährers in die bitterste Noth gerathen, appellirt im Verein mit ihrem Gütlichen an die Mithätigkeit edelender Menschen. ...

Kölnische Unfall-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Köln. Die Gesellschaft gewährt unter besonders günstigen Bedingungen und gegen mässige, feste Prämien: A. Einzel-Unfall-Versicherung. B. General-Haftpflicht-Versicherung. C. Haftpflicht-Versicherung. D. Seereise-Unfall-Versicherung. ...

S. Roeder's weltberühmte Original Bremer Börsenfeder. (Etikette und Namen gesetzlich geschützt.) Anerkannt beste Bureau- und Comtoir-Feder, ist in allen Schreibwarenhandlungen zu haben; man achte jedoch auf Namen und Schutzmarke, da viele minderwertige Nachahmungen im Umlauf sind. ...

Spalding Feldeisenbahnfabrik BERLIN, N.O. Greifswalderstr. 213. MAN VERLANGE PROSPECTE! ...

Thomasschlackemehl als bester und wirksamster Wiesendünger. Der hohe Gehalt an Citratlöslichkeit, welcher bis 90 % und darüber steigt, verbürgt sichere und schnelle Wirkbarkeit auch bei Frühjahrs- und Sommersaat. ...

Rheinisch-Westfälische Thomasphosphatfabriken Actien-Gesellschaft BERLIN W., Leipzigerstrasse 137. Bei Bezug achte man darauf, dass die Säcke mit Sternmarke, Gehaltsangabe und Plombe versehen sind. ...

Orenstein & Koppel, Berlin SW., Tempelhofer Ufer 24, mit Filialen in: Königsberg i. Pr., Danzig, Breslau, Hamburg, Leipzig, Dortmund, Köln a. Rh., München, Strassburg i. Els., Prag, Wien, Budapest. ...

Bücher für Fleischer, Fleischhändler, Fleischbeschauer sind zu haben bei R. Grassmann, Kirchplatz 4 u. Kohlmarkt 10. ...

Entstehende Damen- und Kinder-Kleider werden sauber und billig angefertigt. Frau Freyer, Weltheimstrasse 34, vorn 2 Tr. ...

Wäsche wird sauber gewaschen und gebleicht. Friedrichstr. 9, Hof II r. bei Neitzel. Centralhallen. ...

Stadt-Theater. Sonabend: Kleine Preise. Die Jäger. Schauspiel in 5 Akten von J. Stand. ...

Bellvue-Theater. Sonabend: Gastspielpreise. (Wons ungültig.) 5. und vorletztes (Extra) Gastspiel Agnes Sorma. ...

Die Waise von Lowood. Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Jane Eyre. Agnes Sorma als Gast. ...

Aschenbrödel. Lustspiel von Benedix. Montag: M. Pr. (Vorg. 50 S.) S. Müller. ...

5 Kleine Domstraße 5. Meine Schwestern zwingen nicht zum regelmäßigen Besuche, da sie niemals ihre Gültigkeit verlieren, somit auch den Familien große Vorteile bieten. ...

Oswald Nier, Inh. C. Bossomaier. 72 Zeitungen und Zeitungsblätter. ...

Concordia-Theater. Jubelnder Beifall! Stürmischer Applaus! Komiker-Trifolium: Rennert, Strosow und Nega! ...

„Der Stabstrompeter.“ „Die zwei singenden Freier.“ 21 Spezialitäten-Musikern. Operetten, Poffen- und Lustspiel-Ensemble! ...

Rheum-Pillen. eine auf reiche Erfahrung beruhende Verbesserung meiner seit drei Jahrhunderten beliebten Rheum-Pillen, folgen 1 Schachtel zu 100 Stück = 1 Mark. ...